



Polizei: Rechtliches

**Einfache Anfrage Bettina Surber: Massive Zunahme der Wegweisungen und Fernhaltungen wirft Fragen auf; Beantwortung**

Am 9. September 2008 reichte Bettina Surber die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Massive Zunahme der Wegweisungen und Fernhaltungen wirft Fragen auf" ein. Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

Das friedliche Zusammenleben unterschiedlichster Menschen in der Stadt auf engem Raum erfordert Ausgleichsmechanismen, die unter anderem auch im Polizeireglement verankert sind. So können seit dem Jahr 2006 Personen, bei denen „der begründete Verdacht besteht, dass sie oder andere, die der gleichen Ansammlung zuzurechnen sind, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder stören“ vorübergehend von öffentlichem Raum weggewiesen oder ferngehalten werden.<sup>1</sup> Eine Wegweisung oder Fernhaltung kann demnach verfügt werden, ohne dass eine strafbare Handlung vorliegt. Das sogenannte Rayonverbot gilt allerdings nicht absolut: Die Verfügung hat zu umschreiben, welches Verhalten innerhalb des bezeichneten Gebietes untersagt ist. Verboten wird ausschliesslich das bezeichnete, störende Verhalten.<sup>2</sup> Am 24. September 2008 hat der Kantonsrat die Schaffung einer vergleichbaren Bestimmung im Polizeigesetz beschlossen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Art. 4 Abs. 1 lit. b des Polizeireglements vom 16. November 2004 (sRS 412.11; abgekürzt PolR). Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf diese Bestimmung. Bereits früher war die Wegweisung von Personen möglich, die unter Einfluss von Rauschmitteln öffentliches Ärgernis erregen (vgl. Art. 4 Abs. 1 lit. a PolR).

<sup>2</sup> Vgl. dazu Vorlage vom 18. Mai 2004 (Nr. 4684): Totalrevision des Polizeireglements, Ziff. 3.2, S. 7; Unterlagen zur Volksabstimmung vom 5. Juni 2005, Kommentar zu Art. 4, S. 8.

<sup>3</sup> Vgl. V. Nachtrag zum Polizeigesetz (Art. 29 lit. d Ziff. 1 und Art. 29bis); ABI 2008, S. 895 ff.; Ablauf der Referendumsfrist: 17.11.2008.



Die Stadt St.Gallen ist interessiert daran, dass die Mechanismen und Auswirkungen der Wegweisungspraxis in öffentlichen Stadträumen untersucht wird. Neben den Städten Bern und Luzern beteiligt sich deshalb St.Gallen als Praxispartnerin an einem entsprechenden Forschungsprojekt der Hochschule Luzern.<sup>4</sup>

Zu den einzelnen Fragen:

1. Wegweisung und Fernhaltung werden verhältnismässig eingesetzt. Reicht etwa eine blossе Aufforderung zur Beseitigung der Störung oder Gefährdung aus, wird keine weitergehende Massnahme verfügt. Dieser Grundsatz gilt seit 2006 unverändert. Wie hinlänglich bekannt ist, war nicht eine Praxisänderung der Stadtpolizei Ursache für die deutliche Zunahme der Wegweisungen und Fernhaltungen im Jahr 2007, sondern Ansätze zur Bildung einer offenen Drogenszene. Auf diesen Zusammenhang wird u.a. im Zeitungsartikel vom 7. Juli 2008<sup>5</sup>, der in der Einfachen Anfrage zitiert wird, hingewiesen. In diesem Bericht weist der Leiter der Stiftung Suchthilfe auf die damals prekäre Situation hin: „Der Kanti-Park drohte letzten Sommer zu einem überregionalen Drogenumschlagplatz zu werden.“ Das Einschreiten der Polizei gegen diese Entwicklung wurde von der Stiftung Suchthilfe gewünscht und begrüsst.

2. Von einer Personenansammlung geht u.U. eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aus: etwa durch übermässigen Konsum (auch legaler) Rauschmittel, durch das Verschmutzen des öffentlichen Raums oder durch das Belästigen anderer Personen. Zu denken ist in diesem Zusammenhang beispielsweise an aggressiv auftretende, gewaltbereite Gruppierungen, welche den öffentlichen Raum in Beschlag nehmen, Passanten und Passantinnen anpöbeln und dadurch die Sicherheit oder das Sicherheitsgefühl der Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Gäste unserer Stadt stark beeinträchtigen. Die Möglichkeit, Wegweisungen bzw. Fernhaltungen zu verfügen, ist insbesondere zur Verhinderung von offenen Szenen notwendig.

3. Die überwiegende Zahl der Wegweisungsverfügungen erfolgt mündlich (2006: 31 mündlich, 1 schriftlich; 2007: 91 mündlich, 3 schriftlich). Fernhaltungen werden dagegen immer schriftlich verfügt (2006: 0; 2007: 43). Die Verfügungen enthalten Angaben zum räumlichen Bereich, nennen das störende Verhalten, erläutern die Folgen im Falle eines Verstosses gegen die polizeiliche Anordnung (Verzeigung beim Untersuchungsamt) sowie eine Rechtsmit-

---

<sup>4</sup> Der Entscheid über die finanzielle Beteiligung des Schweizerischen Nationalfonds am Do Research - Forschungsprojekt fällt im März 2009.

<sup>5</sup> St.Galler Tagblatt vom 7. Juli 2007 „Schonzeit ist vorbei“; einsehbar unter <http://www.tagblatt.ch/lokales/stgallen/tb-st/art186,294343>.



telbelehrung. Bislang gab es keinen Rekurs gegen eine Wegweisungs- oder Fernhalteverfügung. Eine Auswertung danach, wie viele Personen bislang mehrfach eine Wegweisungs- oder Fernhalteverfügung erhalten haben, besteht nicht. In der Regel geht einer Wegweisung oder Fernhaltung eine mündliche Ermahnung voraus.

4. Seit der Schliessung des Schellenackers im Jahr 1993 konnte nur durch den täglichen Einsatz von besonderen Patrouillen die neuerliche Etablierung einer offenen Drogenszene verhindert werden. Neben Prävention, Therapie und Überlebenshilfe bildet die Wegweisungs- und Fernhaltekompetenz ein repressives Element der Drogenpolitik. Es steht ausser Frage, dass drogen- und alkoholabhängige Menschen auf den öffentlichen Raum als Treffpunkt und Aufenthaltsraum angewiesen sind. Soweit das Verhalten einer Gruppierung im öffentlichen Raum gemeinverträglich ist, besteht weder Anlass noch Rechtsgrundlage für eine Wegweisung oder Fernhaltung. Wenn sich indessen eine offene Drogenszene mit all ihren äusserst negativen Auswirkungen zu etablieren droht, schreitet die Polizei, u.a. mit Wegweisungen und Fernhaltungen dagegen ein, was der Stadtrat als sinnvoll erachtet und was auch dem Willen des Gesetzgebers entspricht.

5. Die Fachstelle für aufsuchende Sozialarbeit (früher: Gassenarbeit) ist ein Engagement der Stiftung Suchthilfe.<sup>6</sup> Sie leistet seit 1983 einen wertvollen Beitrag und ist präsent, wo eine Häufung von Problemen zu beobachten ist. Anlässlich von regelmässigen gemeinsamen Besprechungen auf Leitungsebene der Fachstelle für aufsuchende Sozialarbeit, der Jugendarbeit und der Stadtpolizei wird die Lage beurteilt. Auch zwischen den Mitarbeitenden der beteiligten Institutionen besteht eine enge und konstruktive Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit bildet konkreten Ausfluss des Verhältnismässigkeitsprinzips, welches die Repression – also Wegweisungen und Fernhaltungen – auf den letzten Platz der Interventionskaskade verweist. Gegenwärtig sieht der Stadtrat keinen Handlungsbedarf, die aufsuchende Sozialarbeit zu intensivieren.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Einfache Anfrage vom 9. September 2008

---

<sup>6</sup> Weitere Informationen zur Fachstelle für aufsuchende Sozialarbeit / Gassenarbeit: [http://www.stiftung-suchthilfe.ch/html/02\\_00\\_00\\_betriebe/arbeit.php](http://www.stiftung-suchthilfe.ch/html/02_00_00_betriebe/arbeit.php).

